Allgemeiner Anzeig

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Könsb., Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westfalen. ☐ Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 4 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 2.95, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 3.12 | Halver. Montag, den 6. Januar. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 1919

Eintracht.

Hl. Die neue Revolutionsregierung im Reiche ist mit sich selbst eins; vor dem Abschied der Unabhängigen war sie in zwei gleiche Hälften gespalten.

Als die Partei der Unabhängigen das Angebot der Mehrheitspartei annahm und mit dieser die Regierung gemeinsam antrat, ist das vor allem deshalb begrüßt worden, weil man von dieser Gemeinschaft der Regierung auch eine solche der beiden Parteien erwartete. Die Herstellung der Einheit der Sozialdemokratie lag nicht nur im Interesse der Partei, sondern ebenso in dem des öffentlichen Lebens in Deutschland, besonders der Festigkeit und Entwicklung der deutschen Republik. Im zerklüfteten deutschen Parteileben gibt es nur eine einzige, die stark und groß genug ist, der Republik als Fundament zu dienen, die Sozialdemokratie, die im Jahre 1912 über 4 Millionen Stimmen auf sich vereinigte. Sie war die natürliche Erbin des Zusammenbruchs. Um die neue Ordnung herzustellen, muß sie stark und einig sein.

Nun hat sich ihre Voraussetzung nicht erfüllt, die man der Hoffnung der im Kriege getrennten Richtungen entgegentrug.

Die Partei der Unabhängigen war von Anfang an nur zum Teil bereit, in die Regierung einzutreten. Der andere Teil hatte schon vorher eine so extreme Haltung eingenommen, daß mit ihm so wenig irgend eine Gemeinschaft möglich war, wie zwischen vernünftigen Menschen und Geisteskranken. Man mußte erwarten, daß sich dieser kleine Spartacusflügel von den Unabhängigen trennen und diese dann gereinigt und geeinigt mit der Mehrheitspartei zusammenstehen würden. Die Spartacusleute, die — eine kleine aber verwegene Gruppe — haben sich allerdings von den Unabhängigen abgesondert, aber diese zugleich von der Regierung, die sie mit der Mehrheitspartei gebildet haben.

Die Spaltung befreit zwar die Regierung von den inneren Hemmungen, die aus dem Gegensatz in ihrer eigenen Mitte hervorgingen, aber dafür tauscht das neue Kollegium der Mehrheitspartei andere Schwierigkeiten ein, die ihre Stellung sehr belasten. Vor allem verschlechtert sich ihre Aussicht, in der Nationalversammlung eine Mehrheit hinter sich zu sammeln.

Bis dahin allerdings wird sie stark genug sein. Die vierzehn Tage, die uns noch von den Wahlen trennen, wird die einheitliche Fünfmännerregierung das Ruder führen, um dem Volkswillen Geltung zu verschaffen.

Die jetzt regierenden Männer haben das Verdienst, diesen Leitgedanken nicht verleugnet zu haben. Sie haben es durchgesetzt, daß gegen den Widerstand der Radikalen der Wahltermin nun schon vor der Türe steht. Das wird man ihnen einmal Dank wissen. Sie hat damit ebenso viel Klugheit wie Redlichkeit bewiesen: Klugheit, weil nur auf diesem einen Wege die Republik Grund und Boden unter die Füße bekommen, sich im Innern befestigen und nach außen, zu den Friedensverhandlungen, Ansehen in die Wagschale werfen kann. Redlich aber ist es, der Klugheit Gebot auch zu beachten, nicht aber der eigenen Existenz — der Regierung — eine längere Frist zu sichern.

Allerdings kann diese Existenz an sich keine Quelle großer Freuden für die Regierungsmitglieder sein. Herrschen ist süß, sagt man; aber die Verantwortung für die Regierung jetzt in Deutschland zu tragen, ist ein hartes Los.

An den Grenzen des Landes regt sich immer noch die auflebende alte Kleinstaaterei. Im Rheinland ist es ja etwas stiller von solchen Plänen der alten Zwietracht geworden, dafür aber regen sie sich in Schlesien. In Posen flammt die Feindschaft zwischen Polen und Deutschen zum Bürgerkriege auf. In Bayern finden Sonderstaatsneigungen im Partikularismus fruchtbaren Boden. Die Nationalversammlung wird das Einheitsband sein, das den Zerfall hindert. Auch deshalb ist es ein Glück, daß sie bald auf den Plan tritt.

Noch leben wir in einer friedlosen Welt — nicht leicht ist es, den Brand zu löschen, der über die ganze Erde sich gewälzt hat und nun schwelt und dunstet, wo er begonnen hat, im Herzen Europas.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika verliert den Mut nicht, aus diesem Weltbrand seine Welt ohne Brand aufzurichten. Endlich werden ihm auch solche Stimmen gerecht, die noch vor vierzehn Tagen Herrn Wilson als eine Ausgeburt der Heuchelei geschildert haben — genau so, wie es die Jahre hindurch üblich war. Wilson hat seinen Verbündeten gegenüber mit unbeugsamem Willen den Frieden zwischen zukünftigen Bürgern einer Friedenswelt vertreten und die Macht seiner Nation dem Fanatismus der Sieger entgegengestellt.

Die Eintracht der zukünftigen Welt ist Deutschlands einzige Hoffnung. Und nur Wilsons Wille wird unseren deutschen Friedensunterhändlern zu Hilfe kommen, wenn sie „nicht um eines Haares Breite" vom Wilsonprogramm sich abhandeln lassen will, wie der neue Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau erklärt hat; und wenn „kein Fußbreit deutschen Bodens" abgetreten werden soll, wie die deutsche Waffenstillstandskommission sagt.

Selbst der Besiegte ist nicht ganz ohnmächtig. Er hat wenigstens die eine Tatsache für sich ins Feld zu führen, daß seine Feinde sich selbst Schaden zufügen, wenn sie das besiegte Land der Zerrüttung preisgeben, nicht nur, daß an solch einem Lande dann nichts mehr zu verdienen ist, von ihm kann man auch keine Kriegsentschädigung verlangen, und die zertretene Nation wäre ein ewiger Gärstoff des Unheils.

Machen sie dies geltend, dann werden unsere Unterhändler Wilsons Hilfe am Wege finden.

Das hungernde Europa.

Absendung großer Mengen Schweinefleisch.

Haag, 3. Januar.

Wie aus Newyork gemeldet wird, erhielt die Regierung vom amerikanischen Staatssekretär für das Verpflegungswesen zwei Kabeltelegramme aus Europa, in denen die Absendung beträchtlicher Mengen Lebensmittel für das hungernde Europa verlangt wird. Hoover sagt in seiner Mitteilung unter anderem: Europa benötigt sofort so viel Schweinefleisch, als wie nur immer vor dem 1. Juli exportiert werden kann. Es ist unmöglich, die Wichtigkeit unserer Aufgabe vor Ablauf eines Monats voll und ganz erfassen zu können.

Auch in Frankreich erklärt man sich jetzt mit der Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland einverstanden und zwar unter Kontrolle der Entente. Da aber Deutschland zu deren Bezahlung kein Geld habe, müsse ihm ein sicherzustellender Kredit eingeräumt werden.

Los von Posen!

Anschluß Westposens an Brandenburg und Schlesien.

Meseritz, 3. Januar.

Eine hier abgehaltene Vertreterversammlung der deutschen Volksräte des Kreises Meseritz betrachtet den Bericht des Ministers Ernst über die Polenfrage als ein schweres Schuldbekenntnis der Regierung und hat beschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen. Man will sich gemeinschaftlich von jeder Regierung in Posen lossagen, nachdem Oberpräsident und Regierungspräsident ihre Ämter niedergelegt haben. Ein einzuberufender allgemeiner Vertretertag soll den Anschluß Westposens an Brandenburg bzw. Schlesien vornehmen. Die Städte Bentschen, Tirschtiegel, Neutomischel sind bereits in Begriff, ein Hilfskorps aufzustellen, das die deutschen Truppen unterstützen soll. Andere Städte und Ortschaften werden folgen. — Auf Grund von in Hohensalza gepflogenen Beratungen soll der Vormarsch der Polen eingestellt worden sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ Die Reichsregierung hat gegen das **unbefugte Eindringen Radeks in Deutschland** und seine Aufrührreden auf dem Spartakus-Kongreß bei der russischen Regierung Beschwerde erhoben und erklärt, daß Radek und Genossen die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben werden. An die militärischen Behörden ist Befehl ergangen, zu untersuchen, wie es möglich gewesen ist, daß Radek die Linien hat passieren können. In Zukunft soll das unter allen Umständen verhindert werden.

✣ Als Nachfolger Scheüchs ist **Oberst Reinhardt zum Kriegsminister ernannt** worden. Oberst Reinhardt ist Württemberger. Der Vorwärts schreibt hierzu: „Er hat sich als Chef der Demobilisationsabteilung bewährt, und dies hat den Ausschlag für ihn gegeben, da die kriegsministerielle Tätigkeit jetzt in hohem Maße mit der Demobilisation ausgefüllt ist. Oberst Reinhardt war während des Krieges lange Zeit Chef des Stabes der 7. Armee. Er hat sich vollkommen auf den Boden der Beschlüsse des Kongresses der ASR gestellt."

✣ Eine neue **Eigenmächtigkeit des ASR** ereignete sich in Gelsenkirchen, indem dieser den dortigen Oberbürgermeister einfach absetzte, weil er mit den Ansichten der neuen Zeit nicht übereinstimme und es nicht verstanden hätte, seit dem 9. November die Autorität und das Ansehen des ASR zu heben.

✣ Bezüglich der **Teilnahme Süddeutschlands an den Reichsgeschäften**, wie sie von dort gewünscht wird, hat Ebert an das Stuttgarter Ministerium ein Telegramm gerichtet, in dem er erklärt, man werde alles tun, um die Mitwirkung der deutschen Freistaaten an den Reichs-

Die Grafen von Freydeck.

Roman von A. Ostland

(Nachdruck verboten.)

120

Noch einmal bog Hilda sich hinaus, noch einmal winkte Käthe Gerlach mit ihrer durchsichtigen Hand aus dem Fenster, dann pustete die Maschine — der Zug setzte sich in Bewegung.

„Auf Wiedersehen!" rief Käthe der einsam auf dem Perron Stehenden noch zu. Und wie ein Echo antwortete Angela Varnini:

„Auf Wiedersehen!"

Käthe sank zurück in die Polster. Wie ein Blitz durchzuckte sie der Gedanke: „Es war Großmut, daß Angela nicht mitkam. Deinetwegen bringt sie das Opfer!" Aber sie fühlte sich nicht gedemütigt durch diese Erkenntnis.

Nur ein Gefühl tiefer Dankbarkeit mischte sich in die Empfindung großer körperlicher Schwäche, welche sie nun plötzlich übermannte. Sie wußte es ja so genau: es währte nicht sehr lange!

Und für diese kurze Spanne Erdenzeit wollte Angela ihr Erich lassen. Er würde neben ihr bleiben, bis — Käthe Gerlach dachte diesen Gedanken nicht aus. Sie wies ihn weit von sich; denn sie wollte das Gefühl seliger Ruhe ganz auskosten, welches über sie kam bei der Aussicht: ich darf ihn noch um mich haben, solange ich lebe!

Ein paar Stunden später kniete Hilda von Freydeck auf dem einsamen Friedhof der Namenlosen an dem Grabe ihrer Mutter. Sie hatte Käthe gebeten, vorauszugehen. Hier mußte sie zuerst allein sein, ganz allein. Ringsum war ein großer, tiefer Friede.

Die Abendschatten lagen schon auf dem Wald und den dunklen Bergen. Weich wehte der Sommerwind tausend Düfte herüber von den reifenden Feldern, den blumigen Wiesen.

Im Gebüsch sang, halb im Traum, eine Amsel ihr Liebeslied. Kein Laut außer den leisen Stimmen der sachte einschlafenden Natur störte den tiefen Frieden, der überall herrschte.

„Friede! Friede!" dachte Hilda erschüttert. Sie dachte an ihren Vater, den sie nie gekannt, der fern, weit über dem Meer, am Rande des Urwaldes den letzten Schlaf schlief; sie dachte mit einer Empfindung heißester Zärtlichkeit an ihre Mutter, welche trotz ihrer Krankheit und Schwäche zu ihr hatte eilen wollen, um ihr zu helfen. An ihren Großvater dachte sie, den die Klarheit über das Geschick seiner Kinder das Leben kostete.

Scheu schweiften ihre Gedanken auch zu dem irren Manne, welcher hinter den Gittern seiner Zelle die Schuld seiner Leidenschaft büßte, ein Toter, noch ehe er gestorben war, und zu der strengen, hochmütigen, alten Frau, ihrer Tante Berghaus, die gelähmt, unfähig, ihr je mehr zu schaden, längst die Zügel aus der Hand hatte gleiten lassen müssen.

Hilda hob die tränenschweren Augen nicht von dem Grabe, auf dem wilde Blumen wuchsen in üppiger Fülle. Das Herz, welches hier ausruhte von einer irren Wegfahrt durch dieses Erdenleben, dieses Herz hatte so treu für sie geschlagen.

Hilda fühlte wieder die Küsse jener stillen Frau, welche sich einst in fernen Kindheitstagen über ihr weißes Bettchen geneigt hatte. Und leise, beinahe unbewußt sprach sie wieder jene schlichten Gebetsworte, die jener Mund ihr einst vorgesagt. Feierlich klang es durch die Abendstille:

„Engel Gottes, schütze mich!
Engel Gottes, hüte mich!
Laß mich schlafen selig ein
Bei meinem lieben Mütterlein!"

Ein Rauschen klang im Gebüsch, ein fester Männerschritt kam näher. Der einsame Wanderer mußte knapp am Friedhof draußen vorübergehen. Jetzt vernahm Hildas feines Ohr gleichfalls das Geräusch.

Kannte sie nicht diesen Schritt? War er nicht neben ihren trippelnden Füßchen gegangen durch das Land ihrer Kindheit, ihrer ersten Jugend?

„Georg!"

Wie im Traum stand sie langsam auf. Ihr schwarzes Kleid ließ die schöne Gestalt noch schlanker erscheinen. Wie eine Krone funkelte das rote Haar über der klaren, weißen Mädchenstirn auf im letzten Strahl der sinkenden Sonne.

„Georg!"

Wie ein Hauch klang der Name dem jungen Mann entgegen, welcher den schmalen Weg herabkam, der zu dem Grabe derjenigen führte, die Hildas Mutter gewesen. In der Hand hielt Georg Günther einen Strauß herrlicher Rosen.

Jetzt hob der junge Mann den Blick — jetzt trafen seine Augen die liebliche Gestalt.

War das ein lebendig gewordenes Märchen, was ihm da entgegenlächelte durch die rotgoldene Abendluft? Träumte er, oder nahmen seine heißen Wünsche nun Fleisch und Blut an, heraufbeschworen durch einen Zauberspuk?

Mit leisem Rauschen sanken die Rosen nieder aus seinen Händen auf das Grab. Er selbst aber stand unbeweglich. Und auch das Mädchen rührte sich nicht.

Da hub die alte Klosterglocke ihr helles Stimmchen.

„Friede! Friede!" klang es hin über Täler und Höhen.

Und nun löste sich der Bann von Hilda. Sie machte eine jähe Bewegung, ihre schlanken Arme hoben sich ihm entgegen. Aus ihren Augen brach ein Strahl unendlicher Sehnsucht. —

„Ich bin es wirklich!" sagte sie leise. „Georg — ich lebe! Ich bin wieder bei dir!"

Er war zurückgetaumelt, als ihre Stimme an sein Ohr schlug. Aber dann stürzte er vorwärts, und eine Sekunde später hatte er das Mädchen in seine Arme gerissen, sein Mund lag heiß auf dem ihren in einem endlosen Kusse, welcher mehr sprach als tausend Worte.

„Du lebst! Du bist bei mir!"

Wie ein Jubelschrei brach es von ihren Lippen:

„Bei dir — bei dir!"

Sie legte das Köpfchen fest an seine Brust und weinte heiße Tränen eines unsäglichen Glückes.

Und neben ihnen sang im Busch die Amsel das hohe Lied der Liebe, jener Liebe, die alles überwindet und alles überdauert, das stolze, triumphierende, ewige Lied des Lebens.

* * *

Niemals hätte Hilda von Freydeck später genau sagen können, wie jene ersten Tage in der alten Heimat, welche ihr bisher kaum eine wirkliche Heimat gewesen, vergingen.

Wie ein Sturm brauste das große Glück hin über sie und ließ sie aufblühen in einer nie geahnten Schönheit, einem unsagbaren Liebreiz.

Max Günther, Erich, Doktor Gerlach, Käthe — alle wetteiferten, ihr Liebes zu tun; sie hatte nun plötzlich einen ganzen Kreis von Menschen um sich, welche sie mit Zärtlichkeit umgaben.

Georg aber war der glückseligste Mann; denn Hilda hatte eingewilligt, sobald als nur möglich sein Weib zu werden. Ihre Namen standen noch einmal in allen Zeitungen, noch einmal waren die Namen Freydeck und Günther in aller Leute Mund.

(Fortsetzung folgt.)

und bis zur endgültigen Regelung
nmlung nach Möglichkeit zu gewähr-

chkeit wendet sich nun auch **Haenisch**
ffmann, der eine preußische Kultus-
n anderen, wobei Haenisch mit dem Rück-
r gemäßigte Haenisch hat sich dauernd
kürherrschaft Hoffmanns gewandt und stets
versucht. Inzwischen ist auch ein scharfer
den Adolf Hoffmann unterstellten Beamten,
der Kunst- wie auch der Kirchenabteilung, gegen
seiner Amtsführung an das Staatsministerium
ungen. Im Hinblick auf alle diese für die Regierung
bedauerlichen Vorkommnisse hat Minister Haenisch die
Erklärung abgegeben, daß er nicht gewillt sei, mit Adolf
Hoffmann, der trotz des Rücktritts der unabhängigen
Volksbeauftragten an seinem Ministersessel zu kleben scheint,
weiterhin zusammenzuarbeiten. Haenisch würde also demnächst sein Amt niederlegen, wenn Herr Hoffmann es nicht
doch noch vorziehen sollte, „freiwillig" auszuscheiden.
Hoffmann veröffentlicht unter dem Titel „Minister Haenischs
Canossagang" eine Gegenerklärung, worin er Haenisch der
„Unehrlichkeit, Mantelträgerei und feiger Hinterhältigkeit"
beschuldigt.

+ **Über die Stellung Hindenburgs zu den ASR gibt** ein Telegramm des Feldmarschalls an Oberost Auskunft. **Er erklärt darin, daß er die vom Zentralrat der ASR gefaßte Resolution über das Heer, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere nicht anerkenne. Darüber könne nur die Nationalversammlung entscheiden. Das Heer, sagt Hindenburg weiter, steht nach wie vor zu der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun.**

+ **Die Proteste gegen die Beseitigung der Rangabzeichen und Ehrenzeichen dauern an. Ihre Beibehaltung fordern in Eingaben an die Reichsregierung u. a. die Infanterieregimenter 42 und 261, sowie die Deckoffiziere und aktiven Unteroffiziere der Marinestation Warnemünde.**

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie die Waffenstillstandskommission mitteilt, gelten Entlassungspapiere, die von Soldatenräten ausgestellt sind, bei dem Oberkommando der Alliierten nicht als ordnungsmäßig.

Berlin. Die Regierung beabsichtigt die Errichtung eines Freiwilligenheeres für den Grenzschutz im Osten.

Berlin. Dem bisherigen Chef des Admiralstabes der Marine, Admiral Scheer, ist der nachgesuchte Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden.

Berlin. Die Krise in der preußischen Regierung sollte nach der „Freiheit" spätestens Freitag mit dem Austritt der Unabhängigen ihr Ende erreichen.

Karlsruhe. Gegenüber einer von Heidelberg ausgehenden Anregung, den Prinzen Max von Baden auf die Wahlvorschlagsliste der Deutschen demokratischen Partei für die verfassunggebende Nationalversammlung in Berlin zu setzen, kann mitgeteilt werden, daß die Parteileitung von der Aufstellung dieser Kandidatur abgesehen hat. Diese Auffassung deckt sich mit den Wünschen des Prinzen.

Wilhelmshaven. Sämtliche Marinetruppenteile des früheren Marinekorps sind aufgelöst. Die Abwickelung dieser aufgelösten Truppenteile und Formationen erfolgt beim Generalkommando des Marinekorps in Wilhelmshaven, dem eine Abwicklung der Verwaltung des Marinekorps angegliedert ist.

München. Der Münchener Erzbischof Dr. Faulhaber erhob in einer Neujahrspredigt die Forderung, daß, wenn die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt werden sollte, sie nicht nach dem französischen, sondern nach dem amerikanischen System erfolgen solle.

Neisse. Im Offiziersgefangenenlager versuchten die Offiziere einen bewaffneten Aufstand, zu dessen Niederzwingung Militär aufgeboten werden mußte. Auf beiden Seiten hat es Tote und Verwundete gegeben.

Bern. Nach Pariser Meldungen soll Wilson erklärt haben, der Frieden könne erst an dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland seine innere Lage wiederhergestellt haben werde.

Paris. Nach dem „Echo de Paris" wird Churchill an Stelle Milners englischer Kriegsminister und Austen Chamberlain Finanzminister werden.

Der neue Krieg im Osten.

Ultimatum Englands.

Der ganze Komplex der Ostfragen wird nun mit einem Schlage teils durch innere Ereignisse wie in Posen, teils durch Eingreifen der Engländer aufgerollt. Uns fällt dabei die angenehme Aufgabe zu, deutsches Blut für englische Interessen zu vergießen. So haben die im Baltikum gelandeten Engländer ein Ultimatum an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet, nicht nur die Bolschewisten auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Walk und Wenden wiederzunehmen. Andernfalls würde die Entente in Deutschland einrücken. Die Bolschewisten haben zwei Heere angesetzt, eines in der Stärke von vier Divisionen auf Riga und eines in der Stärke von drei Divisionen auf Wilna—Kowno. Das Heer auf Riga ist von einem aktiven russischen General geführt und gut ausgerüstet. Vorläufig haben wir dagegen nur zehn Bataillone zur Verfügung, von denen indessen nur drei als unbedingt zuverlässig gelten. Auf das deutsche Ansuchen an die Engländer, ebenfalls mitzuwirken, haben diese deutlich abgewinkt.

Rückzug der deutschen Truppen aus Riga.

Die Ereignisse im Baltikum überstürzen sich und drohen, einer Katastrophe entgegenzueilen.

Berlin, 2. Jan. Die deutschen Streitkräfte der eisernen Division müssen ihre Stellungen bei Hinzenberg räumen und sich auf die Hügelstellung zurückziehen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Damit, und da ein weiterer Rückzug unvermeidlich ist, geht auch Riga, wo sich noch tausend Reichsdeutsche befinden, verloren.

Die Räumung Rigas ist denn auch schon beschlossen worden. Was die anrückenden Bolschewisten mit den Rigger Deutschen und den dort noch befindlichen großen Werten an Privat- und Heeresgut anfangen werden, kann man sich leicht vorstellen.

Auch noch Vorwürfe der Entente.

Die Entente macht uns auch noch Vorwürfe wegen der Vorgänge im Osten und behauptet, wir hätten uns ihr gegenüber vertraglich verpflichtet, im Osten für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Das bestreitet unsere Waffenstillstandskommission und weist diese und andere Vorwürfe zurück, indem sie sagt:

Die Annahme der Entente, als ob unsere Truppen eigenmächtig oder gar auf höheren Befehl dem Bolschewismus absichtlich Vorschub leisten, sei es direkt oder durch Behinderung antibolschewistischer Maßnahmen, sei nicht zutreffend. Daß unsere Truppen nach vierjährigem Kampf und in Anbetracht der Lage nur noch den Wunsch nach Rückkehr in die Heimat hegten und daher dem Vorrücken der roten Truppen nicht überall den Widerstand entgegensetzten, der uns selbst erwünscht sei, sei nicht zu bestreiten. Wir täten aber alles, was in unseren Kräften steht, um dieser Kampfmüdigkeit der Truppen durch Ermahnung, Aufklärung und Ersetzung durch frischere Truppenkörper entgegenzuwirken. Wenn die Entente die Auffassung hat, der Bolschewismus sei eine große Gefahr und unsere Kräfte genügten dieser Aufgabe nicht, so sei es zweckmäßig, wenn sie selbst ihre Lösung in die Hand nähme oder wenigstens sich daran beteiligen würde.

Im Schoße der Reichsregierung werden dauernd Beratungen über diese, und die polnische Angelegenheit gepflogen, irgendein Beschluß ist aber noch nicht zustande gekommen

*

Posen ist verloren!

Der aus Posen zurückgekehrte preußische Minister Ernst gibt eine ausführliche Schilderung der dortigen Verhältnisse, die, danach zu urteilen, einfach trostlos und glatt verfahren sind.

Vor etwa 14 Tagen vielleicht, so erklärte er, wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit militärischer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Vormachtstellung in Posen aufrechtzuerhalten. Heute sei es zu einem solchen Versuche zu spät. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen gesandt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr verändern lassen. Es sei ein Unsinn, auch nur zu glauben, daß man heute noch mit Gewalt etwas ausrichten könnte.

Der Minister bestätigt, es könne jedenfalls kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand. Unter diesen Umständen will die Regierung sich auf Verhandlungen mit den Polen beschränken.

Kriegssteuern der Einzelpersonen.

Die allgemeine Vermögensabgabe.

Berlin, 3. Januar

In den nächsten Tagen findet im Reichsschatzamt eine Beratung der Finanzminister der Einzelstaaten über Finanzfragen statt. Die dabei aufgestellten Gesetzentwürfe werden dann der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Bei der Kriegssteuer der Einzelpersonen sind die gleichen Sätze wie bei der Mehreinkommensteuer und der Vermögensabgabe von 1918 vorgesehen. Danach ist für 1919 eine Abgabe vom Mehreinkommen zu zahlen, wenn das Kriegseinkommen um mehr als 3000 Mark größer ist als das Friedenseinkommen und das Kriegseinkommen 13 000 Mark übersteigt. Für die ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens beträgt die Abgabe 5 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark 10 %, für die nächsten 30 000 Mark 20 %, für die nächsten 50 000 Mark 30 %, für die nächsten 100 000 Mark 40 %. Für die weiteren Beträge, d. h. Beträge von mehr als 200 000 Mark 50 %. Die Vermögensabgabe, von der Vermögen bis 100 000 Mark einschließlich befreit sind, beträgt für die ersten 200 000 Mark 1 v. T., für die nächsten angefangenen 300 000 Mark 2 v. T., für die nächsten 500 000 Mark 3 v. T., für die nächste 1 Million 4 v. T., für Vermögen von mehr als 2 Millionen 5 v. T.

Was die allgemeine Vermögensabgabe betrifft, so dürften nur die ganz kleinen Vermögen auf Befreiung zu rechnen haben. Dagegen dürften auch Vermögen von weniger als 100 000 Mark, die bei der Vermögensabgabe von 1918 ausgenommen waren, jetzt herangezogen werden, wobei im Sinne der aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gebotenen Rücksichtnahme eine Staffelung der Sätze Platz zu greifen hat.

Ludendorff und der Waffenstillstand.

Eine Rechtfertigung.

Eine dem früheren Generalquartiermeister Ludendorff nahestehende Persönlichkeit, Wilhelm Breucker, ein Offizier, der tiefe Einblicke in das Getriebe der Obersten Heeresleitung hatte, unternimmt den Versuch, der Tätigkeit Ludendorffs gerecht zu werden. Nach ihm hat Ludendorff nicht im letzten Augenblick die Nerven verloren, als es zu spät war, sondern bereits am 3. Juni 1918 — auf der Höhe unserer militärischen Erfolge im Westen — einer Anzahl ihm nahestehenden Parteiführern mitteilen lassen, daß es Zeit sei, zum Frieden zu gelangen. Es sei aber nichts geschehen. Mitte August sei dann der Reichsleitung von Ludendorff mitgeteilt worden, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen sei. Die Reichsleitung habe wiederum nichts veranlaßt. Anfang September wurde der Ernst der Lage wieder dargelegt und wieder betont, daß die Oberste Heeresleitung für jeden sofortigen Friedensschritt sei. Wiederum erfolgte nichts! Um die Mitte des Monats geht eine erneute dringende Bitte um sofortige Demarche im Sinne des Friedens nach Berlin.

Inzwischen erfolgte der Verrat Bulgariens und die Verschlechterung der Lage in Österreich. Wieder forderte Ludendorff energisches Handeln. Entschieden bestritten wird die jetzige Behauptung des Reichskanzlers Prinzen Max, die militärischen Autoritäten hätten gesagt, daß sie sich geirrt hätten in der Beurteilung der Lage. Ludendorff habe das nie gesagt! Breucker ist der Ansicht, Bethmann, Prinz Max, Kronprinz Rupprecht, der deutsche Kronprinz und Czernin hätten keine Veranlassung, an dem Zusammenbruch allein Ludendorff die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Die vielfache Behauptung, Ludendorff habe sich inzwischen durch feige Flucht nach Schweden jeder Verantwortung entzogen, weist Breucker entschieden zurück. Tatsächlich habe Ludendorff am 13. November der Reichsregierung durch den Kriegsminister mitteilen lassen, er ersuche sie um Schutz gegen Nachstellungen und Verfolgungen „unreifer gegen ihn aufgehetzter Elemente nicht um seiner selbst willen, sondern um die, die ihn aufzunehmen bereit seien, vor Behelligungen zu bewahren". Wenn die Regierung dazu nicht in der Lage wäre, bitte er um ihr Einverständnis, für „einige Zeit" ins Ausland gehen zu dürfen. Gleichzeitig erklärte Ludendorff ausdrücklich, daß er darauf warte und jederzeit bereit sei, Rechenschaft über sein Walten und Handeln abzulegen. Am Abend desselben Tages erteilte die Regierung die Genehmigung, daß Ludendorff ins Ausland reisen könne. — Tatsächlich war es in Berlin, wo sich Ludendorff mit Familie aufhielt, so, daß diese nicht einmal Lebensmittel erhalten konnte, wenn man erfuhr, daß sie für Ludendorff bestimmt seien. Auch die Familien, die ihm Aufnahme gewährten, wurden in jeder denkbaren Weise belästigt.

Vier Friedenskonferenzen.

Verhandlungsbeginn am 15. Januar.

Paris, 2. Januar.

Nach einer Auslassung eines hiesigen Diplomaten über die Friedenskonferenz sollen deren Arbeiten in vier Unterabschnitte zerfallen und zwar:

1. Einleitende Verhandlungen zwischen Frankreich, England, Italien und Amerika, die die Einheit der diplomatischen Bestrebungen sichern sollen. Diese Verhandlungen beginnen am 15. Januar.
2. Eine Plenarkonferenz, woran neben den Verbündeten die kleinen Ententestaaten teilnehmen und die auf der ersten Konferenz gefaßten Beschlüsse erörtert und angenommen würden.
3. Eine Konferenz, auf der die Bevollmächtigten der feindlichen Länder ihren Standpunkt vertreten dürfen.

Den Abschluß bildet endlich eine Konferenz aller Nationen, einschließlich der neutralen, zwecks Bildung eines Völkerbundes, der geplant oder vielleicht sozusagen von den Alliierten aufgezwungen wird.

Neue Drohungen mit dem Einmarsch.

Haag, 2. Januar.

Nach Meldungen aus Paris berichtet der „Temps" nach Informationen, die er aus dem Hauptquartier erhalten hat, daß die amtliche Anwesenheit von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustand befindlichen Moskauer Sowjet-Regierung auf deutschem Boden den Alliierten die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensbesprechungen unmöglich machen wird. Gemeint ist die Anwesenheit des Bolschewisten Radek bei dem Spartakus-Kongreß.

Wieder ein Rechtsbruch der Entente.

Absperrung der Rheinlande.

Düsseldorf, 2. Januar.

Nunmehr hat die Entente das ganze linke Rheinufer und die Brückenköpfe gegen das übrige Deutschland **hermetisch abgeschlossen.** Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein und heraus, zum Teil werden die **Schienenstränge zerstört.** Kein Fuhrwerk darf den Rhein mehr passieren; auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf ganz wenige mit besonderen Ausweisen versehene Ausnahmen.

Man will offenbar noch vor dem Friedensschluß die Rheinlande politisch, wirtschaftlich und kulturell nach dem Westen orientieren und damit ihren Zusammenbruch herbeiführen. Demgegenüber ist im Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich festgelegt, daß zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschen Reich der Verkehr, besonders Handel und Industrie, keinerlei Beschränkungen unterworfen sein soll.

Austritt der Unabhängigen auch in Preußen.

Gegen die Ernennung des neuen Kriegsministers.

Berlin, 3. Januar.

In einem Schreiben an den Berliner Zentralrat geben die unabhängigen sozialistischen Mitglieder der preußischen Regierung Ströbel, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld, Dr. Graf Arco, Dr. Breitscheid, Paul Hoffmann, Hofer und Simon bekannt, daß sie aus ihren Ämtern zurücktreten.

Sie begründen ihren Entschluß damit, in ihrer Aussprache mit dem Zentralrat habe sich ergeben, daß eine erfolgreiche Vertretung ihrer Ideen in der Regierung infolge der mehrheitssozialistischen Zusammensetzung des Zentralrates unmöglich geworden und ihnen durch das Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Rate der Volksbeauftragten der notwendige Rückhalt bei der Reichsregierung geraubt worden sei. Der unmittelbare Grund zu ihrem Rücktritt sei die Tatsache, daß von ihnen verlangt worden sei, ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reinhardt zum preußischen Kriegsminister zuzustimmen.

Arbeiter, denkt daran!

Denkt daran, daß 1913 in Deutschland 14 555 700 Personen der Krankenversicherung unterstellt waren; daß 1913 an 6 630 800 Personen 400 Millionen Mark Entschädigungen gezahlt wurden!

Denkt daran, daß im gleichen Jahre 25 900 000 Personen gegen Unfall versichert waren, wovon 1 010 500 Personen verunglückten und mit 177 Millionen Mark entschädigt wurden, die ausschließlich aus Arbeitgeberbeiträgen stammen.

Denkt daran, daß gleichzeitig 16 300 000 Personen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung angehören und in diesem Jahre für 1 286 909 Fälle 218 Millionen Mark aufgewendet wurden.

Denkt daran, daß seit Bestehen der reichsgesetzlichen deutschen Arbeiterversicherung bis 1914 an 177 700 800 Versicherte nicht weniger als 10 Milliarden und 81 Millionen Mark an Entschädigungen aufgewendet worden sind.

Denkt daran, daß die deutschen Arbeiterverbände 1913 über ein Vermögen von 108 567 200 Mark verfügten, daß die Jahresausgabe 83 120 200 Mark betrug; daß von den Unterstützungsausgaben (37 % der Gesamtausgaben) auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 39, auf Krankengeld 51 und auf Invaliden- und Sterbegeld 10 % entfielen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Denkt daran, daß ein im Innern zerrüttetes Deutschland nicht in der Lage ist, diese Errungenschaften des Arbeiterstandes zu sichern und zu schützen, geschweige denn sie fortzusetzen und sie auszubauen!

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 6 Januar.

5. Januar. 1846 Philosoph Rudolf Eucken geb. — 1858 Schwedischer Schriftsteller Gustaf af Geijerstam geb. — 1878 Maler Eduard Geselschap gest.

6. Januar. 1831 Komponist Rudolf Kreutzer gest. — 1838 Komponist Max Bruch geb.

□ **Freigabe von Frühobst und Gemüse.** Der Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse, Oberregierungsrat v. Tilly, erklärte vor einer Versammlung von Fachmännern, er habe dem Bundesratsausschuß für Handel und Gewerbe den Antrag unterbreitet, den Handel mit Südfrüchten freizugeben. Ferner soll vom 1. April ab der ganze Aufkauf von Gemüse und Obst im Auslande keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen. Auch im Inlande müßten wir allmählich zum freien Handel kommen. Der gesamte Frühobsthandel soll hier sobald als möglich frei werden, ebenso der größte Teil der Frühgemüse. Es dürfen keine Lieferungsverträge mehr über eine ganze Reihe von Frühgemüsen wie Spargel, Rhabarber, Spinat, Mairüben, Gurken usw. abgeschlossen werden. Ob für Herbstgemüse und Herbstobst bald die Beschränkungen fallen werden, konnte Herr v. Tilly noch nicht in Aussicht stellen. Herr v. Tilly meinte, daß in der Übergangszeit die Preise für Gemüse und Obst steigen würden.

—* **Seitens der Entente wird damit gedroht, daß das Reich für das Abhandenkommen und die Verschleuderung von Heeresgut haftbar gemacht werden wird.**

Die feindliche Presse versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß die Regierung absichtlich große Heeresläger von Waffen, Munition und sonstigem Heeresgut aller Art der Plünderung überliefert hätte. Dem muß mit aller Entschiedenheit durch die Tat entgegengetreten werden, nnd deshalb verlangt auch heute wieder das Reichsverwertungsamt die sofortige Ablieferung von Heeresgut bei den zuständigen Behörden, um dadurch den Frieden zu beschleunigen.

—* Entlassung der Jahrgänge 1896 und 1897. Nach einer kriegsministeriellen Verfügung vom 28. Dez. sind aus dem Heimatheer die Jahrgänge 1896 u. 1897, mit den längstgedienten Mannschaften beginnend, bis spätestens 31. Januar 1919 zu entlassen, soweit Sicherheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Gefangenenbewachung und Grenzschutz, sowie Durchführung und Abwicklung der Demobilmachungsgeschäfte es zulassen. Heeresangehörige, die zur Durchführung des Sicherheitsdienstes usw. benötigt werden und bis zum 31. Januar 1919 nicht entlassen werden können, gelten im Sinne des Demobilmachungsplanes II. 27 vom 1. Februar 1919 an als im Dienst zurückbehalten.

Sofortige Ablieferung

von

Heeresgut

bei den zuständigen Behörden

beschleunigt den Frieden.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 66.

= **Halver,** 6. Jan. (Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei). Die von der Deutsch-demokratischen Partei einberufene Versammlung für Samstag, den 4. ds. Mts. im Hotel zur Fuhr war sehr stark besucht. Bauer, Bürger, Arbeiter, Arbeitgeber, kurz Kategorien aller Bevölkerungsschichten, auch Frauen hatten sich eingefunden um sich über die Ziele, Grundlagen der Deutsch-demokratischen Partei zu informieren. Die Versammlung wurde eröffnet von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Gustav Steinmeister, der nach kurzer Begrüßung dem Referenten des Abends Herrn Fachschullehrer Buschhaus-Hagen das Wort erteilte. Dieser führte in 1 stündigem Vortrag folgendes aus; Die Lage Deutschlands ist fast unglücklicher als die im Jahre 1648 nach Beendigung des 30 jährigen Krieges. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Entwertung des Geldes sind Kennzeichen tiefster Not. In diese Zustände, die von keinem ein tatenloses Zusehen zulassen, in dieses Wirrwarr der Erscheinungen tritt die Deutsch-demokratische Partei mit ihrem Programm. Sie läßt es sich ihre Aufgabe zu sein, aus der Untätigkeit herauszutreten, mitzuschaffen an der Gestaltung des Staatswesens. Sie steht auf dem Boden der Republick, weil sie sich der Tatsache bewußt ist, daß es anders keine Möglichkeit gibt um aus der Not herauszukommen. Redner charakterisierte die Stellungnahme der Partei zu den andern Fraktionen, indem er zunächst die Grenzlinie nach links zog. Er kritisierte die Wirtschaft der A.- u. S.-Räte, das Treiben der Spartakusgruppe und legte den Unterschied dar zwischen sozialistische und demokratische Republick, und beleuchtete die Gefahren der Sozialisierung auf wirtschaftlichem Gebiet, auf kulturellem und politischen Gebiet. In scharfer Polemik wandte er sich gegen die Parteipolitik der USP. und versuchte die Gefahren dieser Richtung festzulegen. Dann gab er in groben Zügen das Programm der neuen demokratischen Partei das er als ein von sozialem Geist durchwehtes betrachte. Er beleuchtete und kommentierte die einzelnen Punkte des Programms z. B Ausbau der sozialen Wohlfahrtspflege, Stellung zu den Kleingewerbetreibenden, Handwerkern, kleinen Bauern, zu den Kriegerheimstätten, Bodenreform etc. Dann gab er auch die Grenzlinien nach rechts an, und lehnte jedes Zusammengehen mit den rechtsstehenden Parteien ab, z. B. der Deutschnationalen Volkspartei, der christl.-Demokratischen Volkspartei etc. Auch auf die Stellungnahme der Partei in kulturellen Fragen z. B. Trennung von Staat und Kirche, Religionsunterricht in der Schule etc, ging er in weitester Weise ein. Seine ruhigen Ausführungen schloß er mit einem Aufruf an die Versammlung schaffende Hände darzureichen, sich zusammen zuschließen. Nach einer Pause von 10 Minuten wurde in die Diskussion eingetreten, die sehr interessant und anregend verlief. Als Gegner traten nur auf die Unabhängigen Sozialdemokraten. Als erster Ernst Bender, der die Anwesenden nach seiner Ueberzeugung gemäß aufzuklären versuchte. Dann ergriff Lehrer Rittinghaus das Wort um in scharfen Worten die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu verteidigen. Er leuchtete in die Vergangenheit hinein und warnte vor der Demokratischen Partei. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei sei die einzigste gewesen, die während des Krieges gegen den Krieg gearbeitet habe. Er agitierte für seine Partei. Diemer von der Unabhängigen Sozialdemokr. Partei ergriff ebenfalls das Wort um die Unabhängige Sozialdemokratischen Partei zu verteidigen. Als Gegendiskussionsredner sprach Redakteur Schwertner-Lüdenscheid. Die gegenseitigen Angriffe und Verteidigungen führten zu keiner Einigung, wie vorauszusehen war. Herr Buschhaus schloß in eindrucksvollen Worten die Versammlung die infolge der zahlreichen Diskussion um 8¼ Uhr beendet war.

Arnsberg, 3. Jan. Die Nachweisung über die in der Woche vom 22. bis 28. Dezember amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten im Regierungsbezuk Arnsberg enthält: an Diphterie 42 Erkrankungen, 8 Todesfälle; Kindbettfieber 5 Erkrankungen, 1 Todesfall; Lungen- und Kehlkopftuberkulose 84 Todesfälle; Ruhr zwei Erkrankungen; Scharlach 27 Erkrankungen, 1 Todesfall; Unterleibstyphus 27 Erkrankungen, 2 Todesfälle; Paratyphus eine Erkrankung, ein Todesfall.

Münster, 4. Jan. Das Konsistorium rechnet mit dem Fall, daß ein für die Erteilung des Religionsunterrichts zuständiger Lehrer sich weigert, diesen Unterricht fortzusetzen. Das Presbyterium wird angewiesen, für eine baldige Vertretung Sorge zu tragen. Sollte sich am Orte keine Vertretung finden, so hat zunächst der Pfarrer oder einer der vorhandenen Geistlichen einzutreten. Außerdem ist sofort an das Konsistorium zu berichten, damit es für Ersatz sorgt. Die Superintendenten sollen sich in diesem Fall darüber äußern, ob sie in der weiteren Synode in der Lage gewesen sind, einen Ersatz zu schaffen. Wenn die Gemeinden für diese außerordentliche Erteilung von Religonsunterricht mehr Mittel aufzuwenden haben sollten, so wird Bericht an das Konsistorium erwartet.

Nah und Fern.

o **Die Franzosen und die Presse der Pfalz.** Der Kommandeur der 8. französischen Armee kündigt folgende Strafandrohungen gegen die Presse in der Pfalz an: Jede ohne vorherige Genehmigung des Kontrolloffiziers erschienene Veröffentlichung unterliegt folgender Strafe: Zeitweilige, 5 bis 10 Tage dauernde Aufhebung der Zeitung und gegebenenfalls Beschlagnahme der veröffentlichten Schriften, im Wiederübertretungsfall endgültige Aufhebung der Zeitung und Beschlagnahme der Druckschriften. In beiden Fällen, wenn die Umstände es erfordern, Ausweisung des Druckers, Schriftleiters und Verlegers aus dem Armeegebiet, ungeachtet etwaiger Strafen, welche ein Jahr Gefängnis und 1000 Franken Geldbuße betragen können.

o **Hundertjähriges Bestehen des Preußischen Staatsanzeigers.** In der ersten Januarwoche 1819 erschien in Berlin die erste Nummer der durch eine Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. begründeten „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung". Nachdem die Zeitung im Jahre 1843 die Bezeichnung „Allgemeine Preußische Zeitung" erhalten hatte, wurde ihr im Jahre 1851 die Bezeichnung „Königlich Preußischer Staatsanzeiger" beigelegt. Nach Errichtung des Deutschen Reiches erschien das amtliche Blatt am 4. Mai 1871 zum ersten Male unter der Bezeichnung „Deutscher Reichsanzeiger und Königlich Preußischer Staatsanzeiger".

o **Viktor Blüthgens 75. Geburtstag.** Viktor Blüthgen, der Dichter hübscher Kinderlieder und liebenswürdige Erzähler, feiert am 4. Januar seinen 75. Geburtstag. Der Magistrat der Stadt Zörbig in Thüringen, wo Blüthgen geboren wurde, hat den Dichter, der schon seit langem Ehrenbürger seiner Heimatstadt ist, dadurch geehrt, daß er im Rathaus ein Viktor-Blüthgen-Zimmer einrichten ließ.

o **Raubmord in einem vornehmen Berliner Hotel.** In Berlin wurde im Hotel Adlon, einem der vornehmsten Hotels der Reichshauptstadt, von einem Verbrecher, der sich unter dem Namen Hans von Winterfeldt eingeschlichen hatte, ein Geldbriefträger ermordet und beraubt. Nach ungefähren Berechnungen beträgt die dem Geldbriefträger geraubte Summe 50 000 bis 70 000 Mark. Auf die Ermittlung des Verbrechers sind Belohnungen von zusammen 10 000 Mark ausgesetzt worden.

o **1 Mark = 60 Centimes.** Auf Anordnung des kommandierenden Generals der 8. französischen Armee in der Oberpfalz wurde der Kurs der deutschen Mark auf 60 Centimes festgesetzt.

o **Postverbindung mit den Schiffsbesatzungen in Scapa Flow.** Mit den in Scapa Flow internierten deutschen Schiffsbesatzungen ist eine regelmäßige, alle acht Tage bestehende Postverbindung durch ein Torpedoboot von Wilhelmshaven aus eingerichtet. Die Sendungen sind portofrei. Wegen beschränkten Raumes ist nur eine Mitnahme von Briefen und Zeitungen möglich, nicht aber von Paketen, die in größeren Abständen mit dem Nachfuhrdampfer geschickt werden. Alle Postsachen müssen neben dem Schiffsnamen den Vermerk „Überführungsverband" haben. Beispiel: Interniertensendung. An Matrose Hans Schmidt, Linienschiff „König". Überführungsverband. Wilhelmshaven.

Wahl-Merktafel.

Am 6. Januar läuft die Frist ab, bis zu der die Wahllisten ausliegen. Überzeuge dich vorher noch, ob du und deine wahlberechtigten Angehörigen Aufnahme in die Wahlliste gefunden haben.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wahllisten sind binnen einer Woche bei dem Wahlkommissar einzureichen.

Begib dich am Wahltage Sonntag, den 19. Januar, rechtzeitig zum Wahllokal, um deine Stimme abzugeben.

Nimm Angehörige und Hausgenossen nach Möglichkeit mit. Je früher und zahlreicher gewählt wird, um so mehr wird die Arbeit erleichtert.

Triff in deinem Haushalt und deiner Wirtschaft Vorkehrungen, daß jeder und jede Wahlberechtigte durch rechtzeitige Ablösung in die Lage kommt, zu wählen.

Niemand darf zurückbleiben. Es kommt bei der Verhältniswahl noch mehr als bei der früheren einfachen Mehrheitswahl auf jede Stimme an.

Kläre Widerstrebende oder Wahlängstliche über die Notwendigkeit der Stimmabgabe auf.

Verweise sie auf die Bedeutung dieser Wahl, erinnere sie daran, daß durch das Wahlgeheimnis ihnen jede Weiterung oder Unannehmlichkeit erspart ist.

Nimm vorsichtshalber einen gültigen Ausweis über deine Person mit (Steuerquittung, polizeiliche Anmeldung, standesamtliche Urkunden, gegebenenfalls den besonderen Wahlausweis, wenn ein solcher von der Wahlbehörde ausgegeben wird).

Der Wahlvorsteher kann in Zweifelsfällen eine Legitimation verlangen; es ist also zweckmäßig, daß, namentlich wo man dem Wahlvorstand nicht persönlich bekannt ist, daß sich alle Wahlberechtigten mit Ausweispapieren der angegebenen Art versehen.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Vergewaltigung Berliner Zeitungen.

TU Berlin, 6. Jan. Die Telegraphen-Union meldet: Am Sonntag abend wurde das Wolffsche Telegraphen-Büro sowie der Vorwärts und sämtliche Berliner Tageszeitungen von der revolutionären Arbeiterschaft besetzt. Die in den Zeitungen lagernden Zuschriften auf die Straße gebracht, haufenweise aufgeschichtet und verbrannt. Die Zeitungsgebäude, besonders das des Vorwärts sind fortgesetzt von großen Menschenmassen umlagert. Das Tageblatt wirdvorläufig nicht erscheinen. Während der Vorwärts Montag früh im kleinen Format von Unabhängigen herausgegeben wird. In der Vorwärtsdruckerei wurde ein Flugblatt hergestellt, in dem es heißt: Zum zweitenmale hat die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins den Vorwärts besetzt. Diesmal soll keine Macht der Welt es verhindern, es seinem rechtsmäßigen Besitzer zu entreißen, dafür werden wir Sorge tragen.

München. Die bayerische Regierung ernannte den Rechtsanwalt Ackermann in Frankenthal (Pfalz) zum **Gesandten** bei der deutsch-österreichischen Republik in Wien.

Berlin. Geheimrat Beutler ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Reichskommissar für bürgerliche Kleidung bewilligt worden. — Als sein Nachfolger ist der Geheime Regierungsrat Dr. Temper aus Dresden ernannt worden.

Brüssel. Der deutsche Gesandte in Luxemburg, Herr v. Buch, ist aus dem Großherzogtum ausgewiesen worden.

Neue Kämpfe in Hohensalza.

Hohensalza, 2. Jan. Nach Mitteilung des Bromberger Vollzugsrates sind die Vereinbarungen von den Polen nicht gehalten worden. Sofort nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter die Züge bestiegen hatten, sind Unruhen in Hohensalza ausgebrochen. Post, Magistrat und Polizei wurden durch Polen besetzt, sind aber inzwischen von den deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelno wird gekämpft. Kruschwitz ist durch die Polen erobert und besetzt.

Völlige Aufhebung der Bezugsscheinpflicht?

Berlin, 3. Jan. Im Reichsbekleidungsamt wird gutem Vernehmen nach die völlige Aufhebung der Bezugsscheinpflicht erwogen.

Rückkehr deutscher Kriegsgefangenen.

Berlin, 3. Jan. In der Frage der Erleichterung des schweren Loses unserer Kriegsgefangenen haben Bemühungen der Deutschen Waffenstillstandskommission endlich ein Anfangsergebnis gebracht. Die Engländer haben versprochen, daß aus England 1200 schwerverwundete Deutsche zurückgesandt werden sollen.

Frankreich und die Kunstschätze Wilhelms II.

Spaa, 3. Jan. Die Waffenstillstandskommission teilt mit: Französischerseits wurde vor dem Verkauf der in den Schlössern zu Berlin und Potsdam befindlichen Kunstwerke gewarnt. Der deutsche Ex-Kaiser habe von einer Händlergruppe ein Angebot für diese Kunstwerke erhalten, deren Verkauf gegen Artikel XIX des Waffenstillstandsvertrages verstoße.

Die Forderungen der Wenden.

Bautzen, 3. Jan. Die Wenden verhandeln mit der Entente. Sie haben weder die Absicht, im deutschen Reichsverband zu verbleiben, noch mit den Tschechen eine Republik zu gründen, sondern wünschen einen Oberlausitzer Freistaat mit nationaler Doppelverwaltung, ähnlich wie es in Böhmen der Fall ist.

Kaiserswerth beschossen.

Düsseldorf, 3. Jan. Die belgische Besatzung des linken Rheinufers hat die Stadt Kaiserswerth mit Maschinengewehren beschossen, weil deutsche und holländische Schiffe in Unkenntnis der Bestimmungen daselbst vor Anker gegangen waren.

Forderungen der Berliner Kellner.

Berlin, 3. Jan. Die streikenden Kellner erschienen heute in großer Anzahl vor der Reichskanzlei. Eine abgesandte Deputation wurde vom Volksbeauftragten Wissell empfangen. Die Kellner stellten folgende Forderungen: 1. Achtstundentag. 2. Wöchentliches Gehalt 125 Mark für Kellner über, 80 Mark für solche unter 20 Jahren. 3. Abschaffung des Trinkgeldes. 4. Sofortige Entlassung aller Frauen.

Schleifung der Alandsbefestigungen.

Kopenhagen, 3. Jan. Das Abkommen zwischen Schweden und Finnland über die Schleifung der Alandsbefestigungen ist am 30. Dezember in Kopenhagen unterzeichnet worden. Der Vertrag ist auch von Deutschland mitunterschrieben worden.

Internationalisierung des Rheines?

Basel, 3. Jan. In England wird jetzt die Internationalisierung des Rheines lebhaft besprochen. Dieser Plan wird angeblich in der Schweiz vorbehaltlos unterstützt.

Kämpfe zwischen Italienern und Serben.

Agram, 3. Jan. Amtlich wird gemeldet: Die Italiener überfielen am 31. Dezember früh die rein kroatische Stadt Knin, die sich außerhalb der Demarkationslinie befindet. 300 Mann serbischer Besatzung und die städtische Bürgerwehr leisteten Widerstand, bis die jugoslavische Abteilung nach zweistündigem Kampf vom serbischen Militärkommando den Rückzugsbefehl erhielt.

Die Bolschewistengefahr.

Basel, 3. Jan. Der „Temps" schreibt, die Anwesenheit bolschewistischer russischer Vertreter in Berlin und im übrigen Deutschland verhindere Frankreich an der Demobilisierung seines Heeres. Die Anwesenheit der Bolschewisten in Deutschland bedeute die Androhung eines neuen Krieges, den die Russen auf deutschem Boden gegen die Entente anzetteln wollten.

Der Völkerbund gesichert.

Haag, 3. Jan. „Evening Post" betont, alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß das Zusammenkommen des Völkerbundes gesichert sei. Clemenceau und Lloyd George erklärten ihr Einverständnis.

Die Hungerblockade Lembergs.

Wien, 3. Jan. Lemberg unterliegt noch immer der Hungerblockade durch die Ukrainer. Seit sieben Wochen ist Lemberg von jedem Verkehr abgeschnitten.

Bekanntmachung.

Die Heberollen über die Beiträge zur Westf. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1918 der Gemeinden Lüdenscheid-Land und Hülscheid liegen vom 6. ds. Mts. ab 2 Wochen lang im Amtshause hierselbst Zimmer 8 zur Einsicht der Beteiligten aus. Binnen 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist kann gegen die Beitragsberechnung bei dem Genossenschaftsvorstande in Münster Widerspruch erhoben werden. Durch den Letzteren wird die Zahlung der Beiträge nicht aufgeschoben.

Lüdenscheid, den 2. Januar 1919.

Der Amtmann.

Milchversorgung.

Das Amt hat eine kleine Menge kondensierte Milch mit Zucker erhalten und dieselbe den Verkaufsstellen zur Abgabe überwiesen.

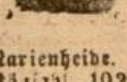
Die kondensierte Milch ist nur zur Verteilung an die Milchbezugsberechtigten und zwar nur auf rote Milchkarten bestimmt und soll dann zu Ausgabe gelangen, wenn den betr. Personen wegen Mangel an Frischmilch die ihnen zustehende Menge nicht verabfolgt werden kann.

Ein Ausweis daß der Lieferant der Frischmilch nicht liefern kann, ist in jedem Falle der Verkaufsstelle vorzulegen.

Lüdenscheid, den 30. Dezember 1918

Der Amtmann.

Dienstag, 7. Januar u. folg. Tage frischer Waggon Ia. Schweine all. Größen. Günstige Kaufgelegenheit bei Carl Berfuß, Marienheide. Fernsprecher Amt Rönsahl 102.



Stempelkissen

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.



Nachruf.

Infolge einer im Felde zugezogenen schweren Krankheit starb den Heldentod fürs Vaterland im Lazarett in Spaa unser Kamerad

der Gefreite

Fritz Schlieck

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

Seit 1908 Mitglied unserer Wehr hat er sich die Achtung und Liebe der Kameraden erworben und werden wir ihm ein treues Gedenken auch über das Grab hinaus bewahren.

Freiw. Feuerwehr Neuenhaus.

Amt Halver.

Fleischkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der vom 6. ds. Mts. ab geltenden Fleischkarten ist wie folgt geregelt:

Dienstag, den 7. ds. Mts. im Amtshause Zimmer Nr. 9 für die Inhaber der Lebensmittel Ausweis-Nummern:

1—50	vormittags	8 Uhr,
51—100	„	8½ „
101—150	„	9 „
151—200	„	9½ „
201—250	„	10 „
251—300	„	10½ „
301—350	„	11 „
351—400	„	11½ „
401—450	„	12 „
451—500	nachmittags	2 „
501—550	„	2½ „
551—600	„	3 „
601—650	„	3½ „
651—700	„	4 „
701—750	„	4½ „
751—800	„	5 „

Dienstag, den 7. ds. Mts., in der Schule zu Oberbrügge

801—850	nachmittags	1¼ Uhr
851—900	„	1¾ „
901—950	„	2¼ „

Dienstag, den 7. ds. Mts. im Gasthaus Wwe. Turk in Ehringhausen

1000—1050	nachmittags	3½ Uhr
1051—1100	„	4 „
1101—1175	„	4½ „

Mittwoch, den 8. ds. Mts. in der Schule zu Heesfeld

1201—1250	nachmittags	2 Uhr
1251—1300	„	2½ „
1301—1350	„	3 „
1351—1450	„	3½ „

Mittwoch, den 8. ds. Mts. im Gasthaus Ww. Borlinghaus in Bommert

1901—1960	nachmittags	1½ Uhr.

Mittwoch, den 8. ds. Mts. in der Schule zu Bergfeld

1801—1875	nachmittags	4 Uhr.

Mittwoch, den 8. ds. Mts. in der Schule zu Buschhausen

1701—1775	nachmittags	2½ Uhr

Mittwoch, den 8. ds. Mts. im Gasthaus Panne in Grünenbaum

1501—1580	nachmittags	4 Uhr.

Mittwoch, den 9. ds. Mts. im Gasthaus Ww. Hulvershorn in Anschlag

2001—2050	nachmittags	1 Uhr,
2051—2100	„	1½ „

Mittwoch, den 8. ds. Mts. im Gasthaus Karl Goes in Schwenke

2201—2250	nachmittags	3 Uhr,
2251—2300	„	3½ „
2301—2350	„	4 „

Gemeinde Schalksmühle.

Donnerstag, den 9. ds. Mts. im Gasthaus Müller in Schalksmühle

1—50	nachmittags	1 Uhr
51—100	„	1½ „
101—150	„	2 „
151—200	„	2½ „
201—250	„	3 „
251—300	„	3½ „
301—350	„	4 „
351—400	„	4½ „
401—450	„	5 Uhr
451—500	„	5½ „
501—550	„	6 „
551—600	„	6½ „

Als Ausweis ist die Lebensmittel-Ausweiskarte vorzulegen. Ohne diese werden keine Marken verabfolgt.

Die Abholung der Marken hat durch Erwachsene zu geschehen. An Kinder werden keine Marken ausgegeben, Verabfolgung an Dritte geschieht nur ausnahmsweise, wenn Abholer über den betreffenden Haushalt genaue Auskunft geben kann.

Unstimmigkeiten sind im Termin vorzubringen. Reklamationen nach dem Termin bleiben unberücksichtigt.

Die Termine sind genau innezuhalten. Abfertigung außerhalb der Reihe kann nicht erfolgen. Nur in begründeten Fällen wird an Familien, die zu den festgesetzten Terminen ihre Marken nicht abgeholt haben, am Tage nach der Ausgabe noch Marken verabfolgt. Für bis dahin noch nicht abgeholte Marken wird von jedem Haushalt eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Die Fleischmarken für Rüstungsarbeiter sind von den Firmen in den einzelnen Terminen anzufordern.

Halver, den 4. Januar 1919. **Der Amtmann.**

Deutsche Mütter!

Rettet den christlichen Glauben für Eure Kinder und unser Volk!

Wer die christliche Religion aus der Schule treibt,

vernichtet Deutschlands Zukunft!

Auf zur Abwehr!!

Arbeitet und wählt für

Die Deutsche Volkspartei.

Amt Halver. Kohlenkarten.

Ausgabe von Kohlenkarten an diejenigen Verbraucher die bisher auf Kohlenkarten Brennstoffe bezogen haben erfolgt in der Reihenfolge der Lebensmittelkarten Nr. an die Empfangsberechtigten:

a) in der Gemeinde Halver im Amtshaus Zimmer Nr. 1

am Mittwoch den 8. Januar 1919.

801—950	um	8	Uhr	vormittags
951—1150	„	9	„	„
1151—1450	„	10	„	„
1451—1850	„	11	„	„ und

am Dienstag, den 7 Januar 1919

für die Inhaber der Lebensmittelkarten-Nr.

1—100	um	8	Uhr	vormittags
101—200	„	9	„	„
201—300	„	10	„	„
301—401	„	11	„	„
401—500	„	1½	„	nachmittags
501—600	„	2½	„	„
1851—2350	„	3½	„	„
601—800	„	4½	„	„

b) in der Gemeinde Schalksmühle im Gasthof Müller in Schalksmühle

am Mittwoch, den 8. Januar 1919

an die Inhaber der Lebensmittelkarten-Nr.

1—130	um	1½	Uhr	nachmittags
131—260	„	2½	„	„
261—390	„	3½	„	„
391—550	„	4½	„	„

Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlage des Lebensmittelausweises an erwachsene Personen.

Für die Monate Januar, Februar und März 1919 gelten die Kohlenkarten Nr. 1—10 einschl.

Hälver, den 8. Januar 1919.

Die Ortskohlenstelle.

Amt Kierspe.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten geschieht nach Vorlage des Lebensmittelausweises wie folgt:

1.) **am Donnerstag, den 9. Januar**

a) in Kierspe, Gasthof Plate

Ausweis Nr.	1—150,		von	9—10 Uhr
„ „	151—300, 1901—1950		„	10—11 „
„ „	1201—1500			11—12 „

b) in Bollwerk

Ausweis Nr.	1501—1725	von	3½—4½ Uhr
„ „	1726—1900	„	4½—5½ „

2.) **am Freitag, den 10. Januar**

a) in Kierspe-Bh, Gasthof Cramer.

Ausweis Nr.	401—550	von	9—10 Uhr
„ „	551—700	„	10—11 „
„ „	701—900	„	11—12 „
„ „	1101—1190	„	12—12½ „

b) in Rönsahl

Ausweis Nr.	2001—2070	von	3—4½ Uhr
„ „	2071—2170	„	4—5 „

Die Marken sind bei der Ausgabe nachzuzählen. Etwaige Unstimmigkeiten sind sofort zu melden. Spätere Nachforderungen können nicht berücksichtigt werden.

An Kinder werden die Karten nicht verabfolgt, auch findet Zusendung durch die Post nicht statt. Der Empfang durch Dritte ist zulässig jedoch haftet der Abholer für den richtigen Empfang. Veränderungen in der Personenzahl sind unaufgefordert zu melden. Wer diese Meldung unterläßt oder wer es versucht sich durch falsche Angaben mehr Karten zu verschaffen, als ihm zustehen, macht sich strafbar.

Zur glatten Abwickelung der Ausgabe ist die genaue Innehaltung obiger Reihenfolge dringend erforderlich. Nach dem Termin werden Marken nur in besonders begründeten Ausnahmefällen ausgegeben.

An den genannten Tagen ist das Lebensmittelamt geschlossen.

Kierspe, den 3. Januar 1919.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft Halver.

Bestellungen von

Petkuser Saathafer

1. Absaat

werden bis 15. Januar entgegengenommen.

Saatkarten sind sofort beim Amt in Halver zu beantragen.

Ich suche per **sofort** oder **später** einen

jungen Mann

für **Vieh- und Pferdepflege** und der etwas **Landwirtschaft** versteht.

Hugo Kerspe, Halver.

Kinderwagen

billig zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle des „Allgem. Anz." Halver.

Taschenlampen

sowie

gute Batterien

sind wieder vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.

Durch die **Rückkehr** meiner Söhne aus dem Felde, bin ich in der Lage

meine Bäckerei

wieder zu **eröffnen** und bitte um geneigten Zuspruch.

Ww. Wilh. Weyland.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung für die Wahlen zur verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung vom 21. Dez. 1918 (Gesetzsammlung S. 201) habe ich den Polizeipräsidenten Gerstein in Bochum zum Wahlkommissar für den den Regierungsbezirk Arnsberg umfassenden 18. Wahlkreis ernannt.

Arnsberg, den 30. 12. 1918.

Der Regierungspräsident: von Bake.

Amt Halver Beschaffung von Pferden.

Die Eingesessenen des Amtsbezirks die noch Bedarf an Pferden haben werden ersucht, sich bis zum 8. d. Mts. im Amtshause Zimmer 9 **mündlich** zu melden. Nach dem 8. d. Mts. eingehende Bestellungen werden nicht mehr berücksichtigt. Es soll versucht werden noch branchbare Arbeitspferde vom Generalkommando zu erlangen.

Halver, den 4. Januar 1919.

Der Amtmann.

Amt Kierspe.

Ware Nr. 6 des Lebensmittelausweises.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 7. bis 10. Jan. 1919 einschl. auf gelbe Warenmarke Nr. 28

grüne „ „ 18

rote „ „ 7

in folgenden Verkaufsstellen:

Lebensmittel-Ausweis-Nr.	Verkaufsstellen
1—120	Fr. Clever, Kierspe
121—300	Alb. Vollmann Kierspe
401—550	E. Ackermann, Kierpe-Bhf.
551—680	Gust. Becker, Kierspe-Bhf.
681—900	Konsumverein Kierspe-Bhf.
1701—1800	F. Sondermann Bollwerk.
2001—2175	Ww. Isfing, Rönsahl.

Die übrigen Lebensmittelausweis-Inhaber erhalten ihre Ware in den bekannten Geschäften.

Kierspe, den 4. Januar 1918.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Amt Lüdenscheid. Lebensmittelverkauf.

Zucker für die Zeit vom 1. bis 15. Januar 1919. Warenkarte grüne Nr. 22, rote Nr. 21, gelbe Nr. 9. Kopfmenge je 350 Gramm. Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,37 M. Verkaufszeit bis 10. 1. 19.

Marmelade.

Warenkarte grüne Nr. 23, rote Nr. 22, gelbe Nr. 10 Kopfmenge je 1000 Gramm. Verkaufspreis pro Kopfmenge 2,00 M. Verkaufszeit bis 10. 1. 19.

Für 281 Warenkartenabschnitte für Zucker erhalten die Händler 100 Klg. Zuckeranweisungsscheine. Die Marken sind in Bündeln zu 100 Stück dem Lebensmittelamt einzureichen.

Bei jeder Warenentnahme sind die in Betracht kommenden Warenkarten-Abschnitte der Verkaufsstelle abzugeben und ihr der Lebensmittel-Ausweis zwecks Durchstreichung der betreffenden Nummer auf dessen Rückseite vorzulegen, widrigenfalls nicht verabfolgt werden darf. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Die Verkaufszeit ist einzuhalten.

Lüdenscheid, den 3. Januar 1918.

Das Lebensmittelamt.